Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Druckzeile 0,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Montag den 3. September 1928 — Nummer 206

Eröffnung des ADGB-Kongresses

Reichsbanner leistet den Reformisten Polizeibütteldienste / Die Gewerkschaftsjugend demonstriert für die Opposition
Glänzender Verlauf des Intern. Jugendtages in Dresden / Faschisten-Provokationen und mißglückte Polizeiattacken

Zur Tagung in Hamburg

Heute wird in Hamburg der 13. ADGB-Kongreß eröffnet. Zirka 400 Delegierte werden von den Gewerkschaften entsandt, von denen nur 7 oppositionelle Delegierte sind. Wie ist das möglich, da doch die gewerkschaftliche Opposition eine Millionenbewegung ist? Nun, die 400 reformistischen Delegierten sind in ihrer großen Mehrzahl ohne Befragung der Mitglieder von den Gewerkschaftsleitungen und von Bureaukratenkonventikeln bestimmt worden. Nur im DMV und in wenigen Bezirken anderer Verbände fanden Urwahlen statt. So wurde in dem einzigen Textilbezirk, in dem — nach Kassierung der ersten Wahl — eine regelrechte Urwahl stattfand, 2 oppositionelle Delegierte gewählt. Die übrigen 5 Delegierten sind Metallarbeiter, doch von diesen 5 oppositionellen Mandaten sind 4, die in Berlin mit überwältigender Mehrheit errungen wurden, vom DMV-Vorstand annulliert worden. Es ist nichts anderes zu erwarten, als daß auch der Kongreß selbst diesen frechen Mandatsraub trotz des Massenprotestes der Arbeiter sanktioniert.

Der ADGB-Kongreß wird also eine Tagung von sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaukraten sein. Viele Arbeiter neigen dazu, mit dieser Feststellung über den Kongreß hinwegzugehen, da er ja doch nichts Gutes für die Arbeiter bringen kann. Es wäre aber ein Fehler, dieser Stimmung nachzugeben. Gewiß wird der Kongreß nichts Gutes für die Arbeiterschaft bringen, aber er muß schon deshalb von jedem Arbeiter mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt werden, weil in Hamburg weitere schwerwiegende Beschlüsse gegen die Arbeiterschaft gefaßt werden sollen. Es ist erwiesen, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaukratie systematisch und fieberhaft auf die Spaltung der Gewerkschaften hinarbeitet, was im Zusammenhang steht mit dem wirtschaftsfriedlichen Kurs der gesamten ADGB-Politik, die die wirtschaftliche Lage jedes Einzelnen aufs tiefste beeinflußt. Da die kampfgewillte Arbeiterschaft das größte Interesse daran hat, daß die Einheit der gewerkschaftlichen Reihen erhalten bleibt, so müssen schon deshalb die Verhandlungen von der Arbeiterschaft genau verfolgt werden, damit die arbeiterschädigenden Beschlüsse durch die Gewerkschaftsmitglieder selbst pariert werden können. Es ist falsch, sich erst dann gegen solche Beschlüsse zu wenden, wenn sie unmittelbar in Lohn- und Arbeitszeitkämpfen die Arbeiterschaft überraschend treffen.

Nach den Ankündigungen der sozialdemokratischen Presse sollen nun in Hamburg „wie ein frischer Windstoß" neue unerhörte Beschlüsse gegen die Gewerkschaftsopposition, gegen die Kommunistische Partei und gegen die russischen Arbeiter gefaßt werden. Man hat diese Anträge noch nicht veröffentlicht, sie sollen „aus der Mitte" der Bureaukratenversammlung gestellt werden. Ein Vorzeichen ist ja schon der Mandatsraub der DMV-Bureaukratie.

Weiter wird in allen brennenden Fragen, die jeden Arbeiter aufs tiefste berühren, der ADGB-Kongreß nur reaktionäre Beschlüsse fassen.

Nehmen wir die Frage der Arbeitszeit. Der ADGB-Vorstand will nach seiner Resolution nur den „Grundsatz" des Achtstundentages überall durchgeführt wissen. Abgesehen von der schwammigen Formulierung nach dem Vorbild des Washingtoner Abkommens, steht heute in der Aera der kapitalistischen Rationalisierung und der Massenarbeitslosigkeit die **45-Stundenwoche und der 7-Stundentag auf der Tagesordnung**, und es wäre Pflicht des Gewerkschaftskongresses, diese von der Opposition vorgeschlagenen Forderungen zu proklamieren. Aber der ADGB-Vorstand kennt nichts wichtigeres, als die Verwirklichung der „Wirtschaftsdemokratie", d. h. die Schaffung einer engeren Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern und dem kapitalistischen Staat. Das Schlichtungswesen soll aufrecht erhalten bleiben.

Im Hinblick auf die Lage der Arbeiter wird man Loblieder auf das Erreichte singen und sich nicht ernstlich damit beschäftigen, wie die erbärmlichen Hungerlöhne breitester Schichten des deutschen Proletariats verbessert werden können. Leute wie Brandes und Reichel vom DMV-Vorstand, die sich selbst Monatsgehälter von 700 Mark bewilligen ließen, werden vorrechnen, wieviel Lohnerhöhung für die deutschen Arbeiter herausgeholt wurde und dabei vergessen, daß die Preissteigerungen alles weggefressen haben und der Reallohn tiefer liegt als vor dem Kriege.

Wir haben nur einige Fragen gestreift. Die gewerkschaftliche Opposition hat in Anträgen zum Kongreß, die ihm vorliegen, in allen Fragen ihren Weg gewiesen, ihre Vorschläge gemacht. **Die Opposition spricht dabei zu den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter**, die gerade nach diesem ADGB-Kongreß — dessen sind wir sicher — mit vervielfachter Aufmerksamkeit auf die Opposition blicken wird. Die gewerkschaftliche Opposition wird in den kommenden Kämpfen mehr noch als bisher Führerin des klassenbewußten Proletariats sein.

Im Zeichen des Gummiknüppels

Blutiger Auftakt in Hamburg

Hamburg, 2. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Anläßlich des Gewerkschafts-Jugendtreffens in Hamburg als Auftakt zu dem ADGB-Kongreß leisteten sich die ADGB-Führer in trauter Gemeinschaft mit ihrem Genossen, dem Polizeisenator Schönfelder, die brutalste Niederknüppelung der revolutionären Arbeiter. Am Sonnabend sollte der Panzerkreuzerminister Severing eine Ansprache halten. Geschlossen rückten die Züge der Gewerkschaftsjugend aus Hamburg und aus dem Reiche mit größtenteils roten Fahnen und Transparenten mit revolutionären Aufschriften vor das Gewerkschaftshaus. Die vor dem Gewerkschaftshaus aufmarschierende gewerkschaftliche Jugend gab ihrer revolutionären Gesinnung durch Absingen von revolutionären Liedern Ausdruck. Trotz der offiziellen Anweisung des ADGB, daß keine politischen Kundgebungen geduldet würden, marschierte das Reichsbanner mit Gummiknüppeln bewaffnet auf. Auf Kommando fielen die Reichsbannerleute über die Träger von roten Fahnen und revolutionären Transparenten und zerschlugen und zerrissen die Transparente und Fahnen. 25–30 verletzte Jungarbeiter waren der Erfolg der faschistisch verseuchten Rollkommandos.

Der Panzerkreuzerminister Severing, der wiederholt versuchte, zu Wort zu kommen, wurde von der erregten Menge niedergeschrien und konnte nicht reden. Vom Balkon des Gewerkschaftshauses aus feuerten die Führer des ADGB die Rollkommandos an, auf die Arbeiter in noch bestialischerer Weise loszuprügeln.

Am Sonntag vormittag fand in einigen Lokalen eine Morgenfeier der Jugend statt, in denen die Redner in unerhörter Weise gegen die gewerkschaftliche Opposition hetzten. U. a. ist uns ein Rundschreiben bekanntgeworden, in dem es heißt, daß die Polizei Anweisung habe, jedes politische Transparent und jede rote Fahne aus dem Zuge zu entfernen. Da der Zug der revolutionären Arbeiter Transparente mitführte, benutzten die Rollkommandos und die Sportriege des Reichsbanners diese Gelegenheit, unter den Augen der Polizei auf die Demonstranten einzuschlagen. Viehische Mißhandlungen und zahlreiche Verhaftungen krönten das schmutzige Werk. So verhaftete man den Genossen Albert Walter, nachdem man ihn vorher verprügelt hatte. Wahllos, ohne Rücksicht auf die eigenen Parteigenossen, gingen das Reichsbanner und die Polizei vor, wobei auch Mitglieder der SAJ verletzt wurden. Auch am Sonntag wurden zirka 20 revolutionäre gewerkschaftliche Jungarbeiter verletzt.

Charakteristisch ist die Haltung der bürgerlichen Presse, die von der Polizeiaktion gar nichts berichtet, dafür aber mitteilt, daß „meist Angehörige des Reichsbanners verletzt wurden." Abgesehen davon, daß das schwarz-rot-gelbe Reichsbanner sachlich gar nichts mit einer freigewerkschaftlichen Veranstaltung zu tun hat, geht draus auch indirekt hervor, daß das Reichsbanner Polizeidienste versah und daß das Bürgertum die schwarz-rot-gelben Polizeibütteln dafür in Schutz nimmt. Die Darstellung der bürgerlichen Presse ist von Anfang bis Ende verlogen, denn sie will den Eindruck hervorrufen, als haben die Kommunisten die Gewerkschaftsjugend angegriffen, während im Gegenteil die Gewerkschaftsjugend für die Losungen der revolutionären Opposition demonstrierte. Die ADGB- und Reichsbanner-Führer können „stolz" darauf sein, Verteidiger und Verschleierer bei der bürgerlichen Pressekanaille gefunden zu haben.

Wie sich die Führer des ADGB die Tagung in Hamburg denken, geht aus folgendem hervor: In dem den Delegierten übermittelten Material sind je zwei Ehrenkarten des Alkazar auf der Reeperbahn beigelegt, eines der übelsten Nachtlokale von St. Pauli, mit Nacktänzen und „anderen Vergnügungen". Es wird die Arbeiterschaft sicher interessieren, zu erfahren, wie die Führer des ADGB ihre Aufgabe auffassen.

Während die oppositionellen Berliner Delegierten nicht zugelassen werden, hat der Bundesvorstand u. a. folgende hohe Gäste eingeladen: Reichsarbeitsminister Wissell, Ministerialrat Sitzler, Wirtschaftsminister Curtius, Frau Regierungsrat Dr. Oppenheimer, außerdem wird wahrscheinlich noch der Panzerkreuzerminister Severing erscheinen.

Provokationen gegen die Rote Front

Der Dresdner Anzeiger bringt heute einen, in der Linie der Angriffe der Volkspartei gegen die Rote Front, liegenden Artikel über Zusammenstöße bei der gestrigen Demonstration. Der Anzeiger schreibt selbstverständlich von Angriffen der Kommunisten. Die mit der Polizei getroffenen Vereinbarungen über die Verkehrsregelung seien gröblichst gebrochen worden. Zuerst sei einmal festgestellt, besondere Vereinbarungen mit der Polizei waren nicht getroffen worden, sondern daß die übliche Besprechung über den Aufmarsch stattgefunden hat.

Was war aber gestern wirklich? Der Anmarsch der Demonstration vollzog sich geregelt und in guter Ordnung; ebenso verlief die Kundgebung auf dem Wilhelmplatz. Hier zeigte sich aber, daß einige Polizeibeamte, gelinde gesagt, etwas sehr nervös waren. Noch während der Aufmarsch erfolgte, drängte man die Zuschauer sehr rigoros von der Straße. Eine weitere starke Nervosität zeigte die Polizeimannschaft bei der Regelung des Verkehrs, insbesondere am Neustädter Bahnhof, wo durch sehr langes Aufhalten von Teilen des Zuges unter den Teilnehmern einige Unruhe entstand. Hier halfen dann Vertreter der Organisation bei der Durchleitung des Zuges. Auf jeden Fall aber steht fest, daß die Demonstranten selbst die größte Marschdisziplin wahrten.

Die Zusammenstöße um den Sachsenplatz sahen aber anders aus, als das der Dresdner Anzeiger darzustellen versucht. Hier handelte es sich um eine offensichtliche Provokation. Es wirkt nun schon auffällig, daß solche Zwischenfälle und Provokationen fast bei jeder Demonstration um den Sachsenplatz erfolgen. Beim Roten Tag waren es uniformierte Faschisten, die dort provozierten, am 1. Mai erfolgten dort ebenfalls Provokationen. Auch gestern zeigte sich das wieder. Weshalb gerade dort provoziert wird, ist klar. Dort hat die Polizei ihre relativ stärkste Kräftekonzentration. Die Provokateure verlassen sich hier auf diese Polizeikräfte oder bestehen Zusammenhänge zwischen faschistischen Elementen in der Polizei und diesen Provokateuren?

Die gestrige Provokation wurde bewußt herbeigeführt von dem Besitzer der Deutschen Wacht. Kurz vor Antreffen der Spitze des Demonstrationszuges wurde von diesem die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt und von einigen den Zug umschwärmenden Zivilisten setzten gleichzeitig die Provokationen ein.

Diese Provokateure waren es auch, die den Ansturm auf die Fahne ausführten. Bemerkenswert ist dabei, daß uns gemeldet wurde, daß einige Genossen erfahren hatten, daß die Stahlhelmer die Absicht der Provokation hatten. Ebenso wurde gemeldet, daß ein Polizeiführer am Sachsenplatz, noch bevor es zu dem Zusammenstoß kam, zu den Beamten gesagt hatte, es müsse hier durchgegriffen werden. Zum mindesten zeigt das, daß einige Polizeioffiziere geradezu auf eine Gelegenheit zum Eingreifen warteten. Im Zusammenhang mit der Hetze, die jetzt wieder von den sächsischen Industriellen heraufbeschworen wird, gewinnen diese Feststellungen eine besondere Bedeutung.

Die Vertreter der Partei haben deswegen auch gleich die Demonstranten darauf aufmerksam gemacht, daß sie auf diese bewußte Provokation nicht hereinfallen sollten. Der Reichstagsabgeordnete, Genosse Rädel, wurde dabei von einem der Provokateure tätlich angegriffen, der Landtagsabgeordnete Renner erhielt von einem solchen Provokateur einen Hieb mit einer Schirmkrücke über den Kopf. Man wollte wohl durch diese Angriffe auf die bekannten Genossen die Erregung der Demonstranten noch mehr steigern.

Der Inhaber der Deutschen Wacht provozierte persönlich die Demonstranten.

Die Polizei wendet sich auch ganz selbstverständlich gegen die kommunistischen Demonstranten. Sie hätte diesen Zwischen-

SLUB
Wir führen Wissen.